An die
Damen und Herren
des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften

Beratungsvorlage

zu TOP **3.0** der Sitzung des Ausschusses für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften
am 18. November 2004

Richtlinien für die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Planung, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften schlägt dem Rat der Stadt vor,
folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Neufassung der bisherigen Allgemeinen Richtlinien für die
frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) in der Stadt Meerbusch:

~~Allgemeine Richtlinien für die frühzeitige Bürgerbeteiligung
Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) Baugesetzbuch in der Stadt Meerbusch~~

Die frühzeitige ~~Bürgerbeteiligung~~ *Beteiligung der Öffentlichkeit* nach gemäß § 3 (1) BauGB wird für Bauleit-
pläne und für sonstige städtebauliche Planungen nach folgenden Richtlinien durchgeführt:

1. Beteiligungsform 1 (Bürgerbeteiligung ohne Versammlung)
 - a) Nach dem Zustimmungsbeschluss des ~~Planungsausschusses~~ *für Stadtplanung zuständigen Fachausschusses* zum Vorentwurf des Planes ~~sind die Bürger~~ *ist die Öffentlichkeit* durch Amtliche Bekanntmachung in den nach der Hauptsatzung ~~bestimmten Tageszeiten~~ *festgelegten Weise* darüber zu unterrichten, dass sie innerhalb einer Frist von 2 Wochen die Möglichkeit ha-
~~ben~~, sich ~~beim Planungsamt der Stadt~~ *im Bereich Planung des Fachbereichs Planen und Bauen* über den Vorentwurf des Planes zu informieren, die Planung mit ~~den zuständigen Dienstkräften~~ *der Mitarbeiterschaft* zu erörtern und sich dazu mündlich oder schriftlich bis spätestens eine Wo-
che nach Ablauf der Zweiwochenfrist zu äußern.
 - b) Den Bürgern ist die Planung in den Grundzügen unter Darstellung der voraussichtlichen Auswir-
kungen zu erläutern; ferner ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.
 - c) ~~Das Ergebnis der Anhörung ist schriftlich festzuhalten und dem Planungsausschuß mitzuteilen.~~
Die Eingaben sind dem für Stadtplanung zuständigen Fachausschuss vorzulegen.

2. Beteiligungsform 2 (Bürgerbeteiligung mit Versammlung)

- a) Nach dem Zustimmungsbeschluss des ~~Planungsausschusses für Stadtplanung~~ *zuständigen Fachausschusses* zum Vorentwurf des Planes ~~sind die Bürger~~ *ist die Öffentlichkeit* durch Amtliche Bekanntmachung in ~~den nach der Hauptsatzung bestimmten Tageszeitungen~~ *festgelegten Weise* mit einer Frist von mindestens einer Woche zu einer öffentlichen Versammlung unter Angabe von Versammlungsort und -zeit einzuladen. In der Amtlichen Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass ~~jeder Bürger die Bürgerschaft~~ *in der Versammlung* und innerhalb einer Frist von einer Woche danach die Möglichkeit hat, sich mündlich oder schriftlich zu der Planung zu äußern.
Über die Versammlung ist eine Niederschrift anzufertigen und dem für Stadtplanung zuständigen Fachausschuss vorzulegen.
- b) Eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung ist ~~den Bürgern~~ *der Öffentlichkeit* Gelegenheit zu geben, ~~den Vorentwurf~~ *die Planung* einzusehen.
- c) Ziffer 1. b) und c) finden entsprechend Anwendung.

Die Entscheidung darüber, welche Beteiligungsform im Einzelfall gewählt wird, trifft der ~~Planungsausschuß für Stadtplanung~~ *zuständige Fachausschuss* des Rates der Stadt Meerbusch, soweit der Rat keinen abweichenden Beschluss fasst ~~oder nach § 3 (1) Satz 2 BauGB von der frühzeitigen Beteiligung der Bürger absehen will.~~

Für Verfahren, die gemäß § 244 (2) BauGB nach dem bis zum 20. Juli 2004 geltenden Baugesetzbuch durchgeführt werden, gelten die Richtlinien entsprechend für die dortige frühzeitige Beteiligung der Bürger.

Begründung:

Das Baugesetzbuch ist mit Wirkung zum 20. Juli 2004 durch das Europarechtsanpassungsgesetz Bau –EAG Bau– geändert worden.

Unter anderem formuliert § 3 BauGB nun nicht mehr die Beteiligung der Bürger, sondern die Beteiligung der Öffentlichkeit.

§ 3 Absatz 1 BauGB betrifft die frühzeitige Beteiligung der Bürger / Öffentlichkeit. Inhaltlich haben sich keine Änderungen ergeben.

Neben der nunmehr geschlechtsneutralen Bezeichnung begründet der Gesetzgeber diese Änderung mit der Anpassung an die Sprachweise des entsprechenden Europarechts.

Über diese „redaktionelle“ Änderung hinaus sollten die Richtlinien sowohl an das in § 5 (2) (a) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Meerbusch festgelegte und praktizierte Verfahren angepasst werden – in sofern als der Beschluss zum Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung vom Rat auf den Fachausschuss verlagert wurde – als auch die in der Verwaltung eingetretenen organisatorischen Änderungen berücksichtigen.

Lösung:

Die Verwaltung schlägt auf Grund des oben dargelegten Sachverhalts die Änderung bzw. Neufassung der Richtlinien vor.

Die im Beschlussvorschlag kursiv gedruckten oder gestrichenen Passagen stellen die Änderungen gegenüber der bisherigen Fassung dar.

In Vertretung:

N o w a c k
Erster Beigeordneter

Sprecher im Rat: